

Elektronisches Angebot

in einem offenen Verfahren im Unterschwellenbereich (Bauauftrag(eB))

Auftraggeber: Land Vorarlberg
Vergebende Stelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung
 Abteilung Straßenbau (VIIb)
 Widnau 12, 6800 Feldkirch
Ansprechpersonen: DI Martin Fenkart
 Julian Schwarzhans
 Tel: +43 (0)5574 511 0
Auskunftsersuchen: bis spätestens 10.05.2024, 11:00 Uhr (Einlangen)
 elektronisch unter <http://www.ankoe.at>
Angebotsabgabe: bis spätestens 17.05.2024, 11:00 Uhr
 elektronisch unter <http://www.ankoe.at>
Bezeichnung des Auftrages: L 197, Klösterle-Stuben, IS Lawinensicherung, km 16,40 - km 16,75
Zahl: VIIb-297A-1/2020
Leistungsbeginn: voraussichtlich 15.07.2024

Es sind die farblich gekennzeichneten Felder auszufüllen.

Unternehmen und Geschäftsanschrift des Bieters: (bei Bietergemeinschaften alle Mitglieder)		
	Firmenbuch-Nr:	
	UID-Nr:	
	ANKÖ-Firmencode:	
Vertretungsbefugtes Mitglied bei Bietergemeinschaften (zwingend für eine rechtsgültige Übermittlung)		
Sachbearbeiter des Bieters bzw. des Vertretungsbefugten: (zwingend für eine rechtsgültige Übermittlung)	Name:	
	Tel:	
	E-Mail:	

AUSSCHREIBUNGSDATUM: 15.04.2024

1. Bestandteile des Angebotes und Datenschutz

1.1. Ich (Wir) anerkenne(n), dass meinem (unserem) Angebot insbesondere folgende Bestandteile zugrunde liegen:

- a. Gegenständlicher Teil eB.0 (Abgabeexemplar);
- b. Teil eB.1 (Ausschreibungsbestimmungen);
- c. allfällige Berichtigungen von Ausschreibungsunterlagen sowie Beantwortungen von Bieterfragen zu den Ausschreibungsunterlagen;
- d. die von mir (uns) insbesondere im Zusammenhang mit der Überprüfung der Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemachten Angaben und abgegebenen Erklärungen;
- e. Teil eB.2 (Baubeschreibung);
- f. Teil eB.3 (Technische Vertragsbestimmungen);
- g. Teil eB.4 (Allgemeine Vertragsbestimmungen);
- h. Teil eB.5 (Leistungsverzeichnis (LV));
- i. eB.Beilagen.

Für ein ausschreibungskonformes Angebot darf der vorgegebene Text nicht ergänzt werden.

Die von einem Bieter seinem Angebot allenfalls beigefügten Allgemeinen Geschäftsbedingungen haben keine Gültigkeit.

Wir weisen darauf hin, dass in den vorliegenden Ausschreibungsunterlagen (im Vergleich zu den Versionen Teil eB.0_V e.2.1 oV vom 03.03.2023, Teil eB.1_V e.2.1 oV vom 03.03.2023, Teil eB.2_V e.1.1 vom 03.03.2023, Teil eB.3_V e.2.2 vom 03.03.2023 und Teil eB.4_V e.2.1 vom 03.03.2023) im

- Teil eB.0 Punkt 1.2.1 die Regelungen zum Datenschutz angepasst wurden;
- Teil eB.1 Punkt 1.6. die Regelungen zur Verschwiegenheit angepasst wurden;
- Teil eB.1 Punkt 1.15. die Regelungen zur Informationsübermittlung angepasst wurden;
- Teil eB.1 Punkt 1.16. die Regelungen zu Unklarheiten in den Ausschreibungsunterlagen und Auskunftersuchen angepasst wurden;
- Teil eB.1 Punkt 1.18. die Regelungen zu Berichtigungen angepasst wurden;
- Teil eB.2 Punkt 2.2. Regelungen zur „Verkehrsaufrechterhaltung für Anrainer“ und „Kontinuierlichen Anrainerinformation über Verkehrsbehinderungen“ aufgenommen wurden (Wichtig: Diese Regelungen werden nur in die Baubeschreibung aufgenommen, wenn die Notwendigkeit für Ausführung dieser Leistungen besteht).

1.2. Datenschutz

1.2.1. Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten im Sinne der DSGVO

Im Rahmen des Vergabeverfahrens sowie der Erfüllung des Vertrages werden personenbezogene Daten verarbeitet.

Zwecke der Verarbeitung

Die Verarbeitung dient der Durchführung des Vergabeverfahrens, dem Abschluss und der Erfüllung des Vertrages.

Die Veröffentlichung des Auftrages im Transparenzportal des Landes Vorarlberg hat den Zweck, die Vergabe von Aufträgen für die interessierte Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar zu machen und dadurch zusätzlich die Möglichkeit einer öffentlichen Rechtfertigung der Mittelverwendung zu schaffen.

Rechtsgrundlagen

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens, Abschluss und Erfüllung des Vertrages: Bundesvergabegesetz 2018 (BVerG 2018), Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018 (BVerGKonz 2018), § 34 Firmenbuchgesetz (FBG) und § 365c Gewerbeordnung (GewO), Erforderlichkeit für die Erfüllung eines Vertrags iSd Art 6 Abs 1 lit b DSGVO.

In Fällen, in denen keine rechtliche Verpflichtung vorliegt, verfolgt die/der Verantwortliche die folgenden überwiegenden berechtigten Interessen gemäß Art 6 Abs. 1 lit f DSGVO:

- Treffen einer Vergabeentscheidung nach seinen Bedürfnissen (durch Festlegen von weiteren Kriterien und Mindestanforderungen)
- Durchführung eines den Vorgaben des BVerG2018 entsprechenden Vergabeverfahrens
- nachvollziehbare Vergabedokumentation
- Vertragsabwicklung
- Prävention und Abwehr von Vermögensschäden des Auftraggebers

Für die Veröffentlichung im Transparenzportal des Landes Vorarlberg bestehen die folgenden überwiegenden berechtigten Interessen nach Art 6 Abs. 1 lit f DSGVO:

Der interessierte Bürger kann sich ein konkretes Bild von der Mittelverwendung machen. Den Medien wird es erleichtert, ihrem öffentlichen Informationsauftrag nachzukommen. Das trägt dazu bei, die Legitimität, die Verantwortung und die Effizienz der Verwaltung zu stärken.

Kategorien personenbezogener Daten

Vorname, Nachname, Firmenname, Titel und akademischer Grad, Geburtsdatum, Kontaktdaten (Adressdaten, Telefonnummer, Email), Funktion, behördliches Kennzeichen von Fahrzeugen, Auskünfte über strafrechtliche Vergehen (zB Strafregisterbescheinigungen), Sprachkenntnisse, Befähigungsnachweise, Zertifikate, Bankverbindung (InhaberIn, IBAN, Bankinstitut), Dienstgebernummer, SV-Nummer, Steuernummer, nationale Identifikationsnummer, UIDNummer, Firmenbuch-Nummer, Gewerberegister-Nummer.

Im Transparenzportal des Landes Vorarlberg veröffentlicht werden Auftraggeber/vergebende Stelle; Auftragnehmer; Auftragsart; Bezeichnung des Auftrags, der Rahmenvereinbarung, des Ideenwettbewerbes; Datum Abschluss des Vertrages, der Rahmenvereinbarung, des Ideenwettbewerbes; Netto-Auftragswert bzw. Netto-Wertumfang der Rahmenvereinbarung bzw. Netto-Summe der Preisgelder und Verfahrensart.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Vorarlberger Landesregierung, Organe der Europäischen Union, Bundesministerien, ÖGK (Kompetenzzentrum Lohn- und Sozialdumping Bekämpfung LSDB), Stellen für Statistik, Gerichte öffentlichen Rechts, ordentliche Gerichte, Behörden, technische, wirtschaftliche oder rechtliche Berater

Durch die Veröffentlichung im Transparenzportal des Landes Vorarlberg werden Daten Medien und interessierten Bürgern zugänglich gemacht.

Kriterien für die Speicherdauer

Die Daten bleiben jedenfalls nur so lange öffentlich abrufbar, als dies zur Zweckerfüllung erforderlich ist. Im Transparenzportal des Landes Vorarlberg sind die Daten fünf Jahre lang abrufbar. Die interne Speicherdauer Ihrer Daten richtet sich nach dem Verarbeitungszweck der Durchführung des Vergabeverfahrens, des Abschlusses und der Erfüllung des Vertrages sowie der Veröffentlichung im Transparenzportal des Landes Vorarlberg. Als solche sind die Daten dem Vorarlberger Landesarchiv zur Übernahme anzubieten, sobald sie für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind. Es sei denn, die Anbietung kann aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden. Beurteilt sie das Vorarlberger Landesarchiv als Archivgut, sind ihm die Daten im Original zu übergeben, sonst zu vernichten.

Rechte der betroffenen Person

Sie haben das Recht auf Auskunft: Sie können eine Bestätigung darüber verlangen, ob und in welchem Ausmaß wir Ihre Daten verarbeiten. Gegebenenfalls besteht auch ein Recht auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Zur Geltendmachung des

Widerspruchs, wenden Sie sich unter Angabe der Gründe, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, an die Stelle, welche Ihren Auftrag abwickelt.

Bestätigung der Identität

Bei Geltendmachung oben genannter Rechte ist es zunächst erforderlich, dass wir Sie eindeutig identifizieren können. Wir ersuchen Sie daher gemäß Art. 12 DSGVO gegebenenfalls um Übermittlung eines Nachweises Ihrer Identität, beispielsweise in Form einer Kopie Ihres amtlichen Lichtbildausweises. Im Zweifel können wir zusätzliche Informationen zur Bestätigung Ihrer Identität anfordern. Dies dient dem Schutz Ihrer Rechte und Ihrer Privatsphäre.

Beschwerderecht

Wenn Sie der Ansicht sind, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, ersuchen wir Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen, um allfällige Fragen aufklären zu können. Selbstverständlich haben Sie auch das Recht, sich bei der österreichischen Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) zu beschweren.

Bereitstellung der personenbezogenen Daten (Art 13 DSGVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für das Vergabeverfahren und die Erfüllung des Vertrages sowie die Veröffentlichung im Transparenzportal des Landes Vorarlberg erforderlich. Grundsätzlich ist eine Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten nicht verpflichtend. Die Nichtbereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten hätte zur Folge, dass eine Teilnahme am Vergabeverfahren nicht möglich ist.

Quelle der personenbezogenen Daten (Art 14 DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus folgender Quelle:

- Firmenbuch, Zentrales Vereinsregister und Gewerbeinformationssystem Austria (GISA), Unternehmensregister, Verzeichnisse von Berufsvertretungen (zB Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Wirtschaftskammer), Insolvenzdatei
- Liste geeigneter Unternehmer (LgU) des Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ)
- Auskunft aus der Verwaltungsstrafevidenz der ÖGK als Kompetenzzentrum Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung (Kompetenzzentrum LSDB) und der Verwaltungsstrafevidenz des Bundesministers für Finanzen
- Stammzahlenregister

Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

Sollten Sie Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie die Verantwortliche/den Verantwortlichen oder die Datenschutzbeauftragten des Landes Vorarlberg kontaktieren.

Verantwortliche/Verantwortlicher

Stelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung
Straße: Römerstraße 15, 6900 Bregenz
PLZ, Ort: 6901 Bregenz
Telefon: +43 (0)5574 511 0
E-Mail- Adresse: land@vorarlberg.at

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten

Stelle: Amt der Vorarlberger Landesregierung
Straße: Römerstraße 15
PLZ, Ort: 6901 Bregenz
Telefon: +43 (0)5574 511 20105
E-Mail-Adresse: dsba@vorarlberg.at

1.2.2. Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten Dritter

Werden im Zuge des Vergabeverfahrens vom Bieter personenbezogene Daten Dritter (Mitarbeiter, Schlüsselpersonal, Subunternehmer, Referenzbeauftragter) an den Auftraggeber übermittelt, ist der Bieter verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die Datenübermittlung rechtmäßig erfolgt und hat darüber hinaus seiner Informationspflicht im Sinne des Artikel 13 DSGVO nachzukommen.

2. Folgende Unterlagen bilden einen integrierenden Bestandteil meines (unseres) Angebotes:

Unterlagen, bei welchen nur JA ausgewählt werden kann, sind jedenfalls mit dem Angebot mit abzugeben. Für alle anderen Unterlagen wird auf die grundsätzliche Möglichkeit die Nachweise entweder bereits mit dem Angebot oder erst auf Aufforderung des Auftraggebers beizubringen, ausdrücklich hingewiesen.

Die nachstehende Auflistung dient als Orientierungshilfe für die Bieter beim Zusammenstellen Ihres Angebotes. Verbindliche Festlegungen über beizubringende Unterlagen ergeben sich ausschließlich aus den Festlegungen im Teil eB.1 der Ausschreibung.

Beigeschlossene Unterlagen (bitte ankreuzen)	Ja	Nein
Abgabeexemplar (Teil eB.0)		
Angebots-LV als Kurz-LV samt Angaben zu Bieterlücken		
Angebots-LV als Austauschdatei samt Angaben zu Bieterlücken		

Folgende Unterlagen müssen, sofern sie gemäß den Bestimmungen im Teil eB.1 notwendig sind, dem Angebot beiliegen:

Beigeschlossene Unterlagen (bitte ankreuzen)	Ja	Nein
K3-Blätter		
Handlungsvollmacht, sofern die Rechtsgültigkeit der Signatur nicht aus dem Firmenbuch ersichtlich ist (zB gemeinsame Vertretungsbefugnis).		
Erklärung des Baustellenkoordinators (Beilage ./4)		
Bei Bietergemeinschaften: Erklärung einer Bietergemeinschaft (Beilage ./1)		

Bei Subunternehmern (Punkt 1.12 Teil eB.1):	Ja	Nein
▪ Liste aller Subunternehmer (Beilage ./2)		
▪ Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers (Beilage ./3)		
▪ Patronatserklärung (Beilage ./5)		
▪ Solidarhaftungserklärung (Beilage ./6)		

Die fehlende Bekanntgabe eines erforderlichen Subunternehmers bis zum Ende der Angebotsfrist, an welchen der Bieter Leistungen weiterzugeben beabsichtigt, stellt einen **unbehebbarer Mangel** dar und führt zum Ausscheiden des Angebots aus dem Vergabeverfahren.

Bei Bezugnahme auf einen Subunternehmer, ein verbundenes Unternehmen oder einen Dritten zum Nachweis der Eignung (Punkte 2.3, 2.4 und 2.5 Teil eB.1) sind folgende Nachweise notwendig:

	Befugnis	Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Technische Leistungsfähigkeit
Patronatserklärung		x	x
Solidarhaftungserklärung		x	
Wenn es sich um einen Subunternehmer handelt, zusätzlich:			
Eintrag in die Liste aller Subunternehmer	x	x	x
Verfügbarkeits- und Eigenerklärung des Subunternehmers	x	x	x

Folgende Unterlagen sind erst auf Aufforderung durch den Auftraggeber unverzüglich vorzulegen. Sie können auch bereits mit dem Angebot vorgelegt werden.

Beigeschlossene Unterlagen (bitte ankreuzen)	Ja	Nein
Bauzeitplan mit Erläuterungen		
K4-Blätter		
K6-Blätter		
Detaillkalkulation (K7-Blätter) aller LV-Positionen, einschließlich der Subunternehmerleistungen		

Nachweise zur beruflichen Zuverlässigkeit (Punkt 2.2 Teil eB.1):	Ja	Nein
▪ Strafregisterbescheinigung bzw. Registerauskunft für Verbände (maximal sechs Monate alt)		
▪ Aktueller Firmenbuchauszug		
▪ Letztgültiger Kontoauszug oder Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Sozialversicherungsträgers (maximal drei Monate alt)		
▪ Letztgültige Lastschriftanzeige oder Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Finanzbehörde (maximal drei Monate alt)		

Nachweis der Befugnis (Punkt 2.3 Teil eB.1):	Ja	Nein
Aktuelle Auskunft aus dem Gewerberegister bzw. Berufsregister oder Bescheinigung der Berufsorganisation des Bieters, der Bietergemeinschaft sowie der Subunternehmer.		

Nachweise zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Punkt 2.4 Teil eB.1):	Ja	Nein
▪ Erklärung der Gesamtumsätze (Beilage ./7)		
▪ Versicherungsbestätigung über eine aufrechte Betriebshaftpflichtversicherung oder Deckungszusage		

Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit des Bieters (Punkt 2.5 Teil eB.1)	Ja	Nein
▪ Unternehmensreferenz(en) (Beilage ./8)		
▪ Erklärung über die Personalausstattung (Beilage ./9)		

3. Angaben zu Zuschlagskriterien

3.1. Kriterium „Abdeckung der Anbruchgebiete u. Eingriff ins Landschaftsbild“ (Punkt 3 Teil eB.1)

Mit der Abgabe des Angebots garantiert der Bieter die Version

umzusetzen.

3.2. Kriterium „Verlängerung der Gewährleistungsfrist“ (Punkt 3 Teil eB.1)

Mit der Abgabe des Angebotes garantiert der Bieter eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist um

Jahre.

4. Eigenerklärung (Punkt 2 Teil eB.1)

Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) die unter Punkt 2 in Teil eB.1 der vorliegenden Ausschreibungsunterlagen verlangten Eignungskriterien erfülle(n) und, dass gegen mich (uns) keine Ausschlussgründe vorliegen. Ich (Wir) erkläre(n) weiters, dass ich (wir) die unter Punkt 2 im Teil eB.0 festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich beibringen kann/können.

Sollten Nachweise, die geeignet sind, die Eignung des Bieters nachzuweisen, bereits in einem früheren Vergabeverfahren beim Auftraggeber vorgelegt worden sein, müssen diese Nachweise nicht mehr vorgelegt werden. In diesem Fall hat der Bieter in einem Begleitschreiben detailliert anzugeben in welchem Verfahren welcher Nachweis, welcher Stelle des AG, bereits vorgelegt wurde.

Sollten Nachweise in der Liste geeigneter Unternehmer (LgU) bereitgehalten werden, ist der entsprechende ANKÖ-Firmencode am Deckblatt anzugeben.

	Ja	Nein
Beim Unternehmen des Bieters handelt es sich um einen KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft sind diese Angaben in der Beilage ./1 „Erklärung einer Bietergemeinschaft“ anzugeben.

Hinweis:

Ein KMU liegt vor, wenn

- die Anzahl der Mitarbeiter < 250,
- der Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder die Bilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR sind. Beteiligungen von 25 % und mehr sind anteilmäßig zu berücksichtigen, Verbundene Unternehmen mit 100 %

Details zur Beurteilung ihres Unternehmens finden sie unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003H0361&from=DE>

Der Bieter verfügt über folgende Befugnisse:

Bieter / Mitglied der Bietergemeinschaft	Firmenbuch-Nummer	Befugnis

Die für die Erfüllung der Eignungskriterien erforderlichen Unternehmer (**Subunternehmer, Verbundene Unternehmen, Dritte**) verfügen über folgende Befugnisse:

Unternehmen	Firmenbuch-Nummer	Befugnis

5. Bietererklärungen

- a. Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) alle Voraussetzungen zur Übernahme der Vertragspflichten erfülle(n). Die Erstellung meines (unseres) Angebotes erfolgt unter Berücksichtigung der in Österreich geltenden arbeits-, sozial- und umweltrechtlichen Rechtsvorschriften sowie der einschlägigen Kollektivverträge. Ich (Wir) verpflichte(n) mich (uns), diese Vorschriften bei Auftragsabwicklung einzuhalten und ermächtige(n) den Auftraggeber, Auskünfte aus der zentralen Verwaltungsstrafevidenz des Bundesministers für Finanzen gemäß § 28b Ausländerbeschäftigungsgesetz – AuslBG sowie Auskünfte aus der Verwaltungsstrafevidenz der Wiener Gebietskrankenkasse als Kompetenzzentrum Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung (Kompetenzzentrum LSDB) gemäß § 35 des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes, LSD-BG einzuholen.
- b. Ich (Wir) verpflichte(n) mich (uns), die Ausführung der mir (uns) übertragenen Lieferungen und Leistungen zu dem (den) angegebenen Termin(en) und innerhalb der angegebenen Frist(en) durchzuführen. Mit der Ausführung der Lieferungen und Leistungen darf jedenfalls erst nach Zuschlagserteilung begonnen werden.

- c. Ich (Wir) biete(n) die Erbringung der insbesondere in der Baubeschreibung und im Leistungsverzeichnis angeführten Leistungen aufgrund der Prüfung der örtlichen Gegebenheiten und unter Berücksichtigung der gesamten Ausschreibungsunterlagen mit den von mir (uns) angegebenen verbindlichen Preisen an. Ich (Wir) erkläre(n) die Angebotsfrist für die ordnungsgemäße Erstellung des Angebots für ausreichend befunden zu haben und erkläre(n), dass die Leistungen in den Ausschreibungsunterlagen vollständig beschrieben sind, um ein einwandfreies Angebot erstellen zu können.
- d. Ich (Wir) erkläre(n), dass meinem (unserem) Angebot nur meine (unsere) eigenen Preisermittlungen zugrunde liegen und dass keine für den Auftraggeber nachteiligen, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des freien und lauten Wettbewerbs verstoßenden Abreden mit anderen Unternehmen, insbesondere über die Preisbildung oder über Ausfallsentschädigungen, noch Preisbindungen und sonstige Abreden, soweit es sich nicht um kartellrechtlich zulässige Absprachen handelt, vorliegen. Es ist mir (uns) bekannt, dass bei Vorliegen einer der oben genannten Umstände der Auftraggeber den Rücktritt vom Vertrag erklären kann und ich (wir) für den Schaden aufzukommen habe(n), welcher aus der Verletzung dieser Erklärung entsteht.
- e. Ich (Wir) verzichte(n) ab dem Beginn der Zuschlagsfrist ausdrücklich auf die Anfechtung des Angebotes (Vertrages) wegen Irrtums und hafte(n) bei Nichtannahme eines eventuellen Auftrages für alle Mehrkosten, die dem Auftraggeber hierdurch entstehen.
- f. Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) mich (uns) an die Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflicht – wie in Punkt 1.5 Teil eB.1 und Punkt 13 Teil eB.4 beschrieben – halte(n).
- g. Ich (Wir) erkläre(n), dass ich (wir) über eine, die Schäden aus diesem Bauvorhaben deckende, Betriebshaftpflichtversicherung verfüge(n), welche den Vorgaben in Teil eB.4 Punkt 12.3 entspricht. Diese Versicherung deckt Schäden, die während der Laufzeit entstehen sowie Schäden die während der Gewährleistungsfrist auftreten. Ich (Wir) erkläre(n), dass, sollte nicht die volle Deckungssumme zur Verfügung stehen, ich (wir) den Auftraggeber so stelle(n), wie er bei aufrechter Versicherungsschutz stünde.

6. Bietererklärung betreffend das Verbot der Auftrags- oder Konzessionsvergabe an Personen, Organisationen oder Einrichtungen aus der Russischen Föderation

Mit der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (abrufbar unter: [EUR-Lex - 02014R0833-20220722 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](https://eur-lex.europa.eu/uri/uri.do?uri=CELEX:32014R0833-20220722-EN)) wurden Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängt. Dabei wurden insbesondere Export- und Importverbote, wie auch ein Verbot der Erfüllung bestehender Verträge, verhängt.

Ich(Wir) erkläre(n) und bestätige(n) nach eingehender Prüfung hiermit, dass betreffend den durch Zuschlag zustande kommenden Vertrag kein Verstoß gegen die oben genannte Verordnung in der zum Zeitpunkt der Unterfertigung dieser Erklärung aktuellen Fassung, insbesondere betreffend die Artikel 3g, 3i, 3j, 5aa, vorliegt.

Sollten sich während des Vergabeverfahrens oder während der Ausführung des Vertrages rechtliche oder tatsächliche Änderungen (zB. der oben angeführten Verordnung oder der Eigentumsverhältnisse eines Subunternehmers) ergeben, verpflichte(n) ich(wir) zu einer neuerlichen eingehenden Prüfung und gegebenenfalls nachweislichen Mitteilung eines allfälligen Verstoßes bzw. allfälliger Änderungen, die zu einem Verstoß gegen die oben genannte Verordnung führen könnte.

Hinweis: Alle Unternehmer, deren Teilnahme am Vergabeverfahren oder deren Beauftragung einen Verstoß gegen die genannte Verordnung darstellen würde, werden aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

7. Rechtsgültige Unterfertigung – elektronische Signatur

Die rechtsgültige Unterfertigung des Angebotes durch den Bieter oder dem federführenden Mitglied der Bietergemeinschaft oder aller Mitglieder der Bietergemeinschaft erfolgt im Rahmen der elektronischen Angebotsabgabe auf der Kommunikationsplattform (Vergabeportal) des Auftragnehmerkataster Österreich, ANKÖ Service Ges.m.b.H. (ANKÖ) durch qualifizierte elektronische Signatur (§ 4 Signatur- und Vertrauensschutzdienstegesetz – SVG).

Alle dem elektronischen Angebot beigegebenen Unterlagen gelten aufgrund der elektronisch erfolgten Signatur als rechtsgültig unterfertigt und sind daher von allen ihren Inhalten her rechtsverbindlich.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten eine qualifizierte elektronische Signatur abzugeben.

ID Austria mittels Handy. Um die Basisfunktion der ID Austria mittels Handy nutzen zu können, wird einzig ein Smartphone oder ein SMS-fähiges Handy benötigt. Bitte beachten Sie, dass für die Registrierung der ID Austria gegebenenfalls weitere Komponenten, wie eine App oder ein FIDO-Sicherheitsschlüssel, benötigt werden. Die Aktivierung der ID Austria wird durch die folgenden Registrierungsbehörden ausgeführt:

- Passbehörde
- Gemeinde, welche zur Entgegennahme von Passanträgen ermächtigt ist. (Nur für Einwohner:innen der jeweiligen Gemeinde)
- Landespolizeidirektion
- Österreichische Vertretungsbehörde im Ausland (Für im Ausland lebende Österreicher:innen)

Wenn bereits eine Handysignatur vorliegt, kann diese über die App „Digitales Amt“ oder über die Website [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at) auf die ID Austria aufgewertet werden. Es gilt zu beachten, dass der Gültigkeitszeitraum der Handysignatur noch nicht abgelaufen sein darf. Diese beträgt im Regelfall fünf Jahre ab der Ausstellung. Durch die Umstellung wird die verbleibende Laufzeit auf die ID Austria übertragen. Weitere Informationen sind unter <https://www.oesterreich.gv.at/id-austria/registrierungsuebersicht.html> und <https://www.a-trust.at/de/> verfügbar.

ID Austria mittels Karte (Lokale BKU). Für die Signatur mit Karte werden die folgenden Komponenten benötigt:

- Signaturkarte
- Kartenlesegerät
- Software: „a.sign Client“ und “Bürgerkartensoftware“ der Firma A-Trust. Diese sind unter <http://www.a-trust.at/downloads/> erhältlich.

Nach erfolgreicher Installation kann die Signatur durch die PIN-Eingabe auf dem Kartenlesegerät vervollständigt werden. Weitere Informationen sowie die Kontaktstelle für den technischen Support erhalten Sie unter <https://www.buergerkarte.at/>. In Verwendung befindliche Kartensignaturen können online über <https://www.oesterreich.gv.at/id-austria.html> zur ID Austria aufgewertet werden. Wie bei der Handysignatur gibt es hier zwei Aktivierungsformen: Vollversion und Basisfunktion. Die Vollversion ermöglicht hingegen die Verlängerung der Gültigkeitsdauer. Weiterführende Informationen zum Umstieg werden unter <https://www.oesterreich.gv.at/id-austria/haeufige-fragen/allgemeines-zu-id-austria.html#BK-Umstieg> bereitgestellt

Internationale E-Signatur. In Fällen, in denen keine österreichische E-Signatur zur Verfügung steht, gibt es die Möglichkeit, die internationale E-Signatur-Funktion der Plattform zu verwenden. Voraussetzung ist, dass es sich bei der gewählten Signatur um eine qualifizierte E-Signatur handelt! Im Zweifelsfall, ob die Signatur alle Anforderungen erfüllt, empfehlen wir die Kontaktaufnahme mit Ihrem Signaturanbieter oder ein signiertes Testdokument bei <https://www.rtr.at> zu überprüfen

Für **ausländische Bieter**, die auf keine qualifizierte elektronische Signaturlösung zurückgreifen können bzw gegebenenfalls für inländische Bieter, die nicht rechtzeitig auf eine qualifizierte elektronische Signaturlösung zurückgreifen können, gibt es das ANKÖ-Signaturservice für eAngebote. Schreiben Sie bitte rechtzeitig an support@ankoe.at.

Für ausländische Unternehmen gibt es die Möglichkeit den ANKÖ e-Signaturservice auf Basis einer Vollmacht zu nutzen (office@ankoe.at oder +43 (0)1/3336666-0).